AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 63 | DIENSTAG, DEN 12. AUGUST | 2014

Inhalt:

	Seite
Mandatsveränderungen in der Hamburgischen Bürgerschaft	1485
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Altona-Altstadt 25 – Änderung	1485
Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Lurup 36 – 2. Änderung	1486
Öffentliche Auslegung eines Verordnungsentwurfs	1486
Widmung einer Wegefläche	1487

BEKANNTMACHUNGEN

Mandatsveränderungen in der Hamburgischen Bürgerschaft

Mitteilung Nummer 11 über Mandatswechsel in der 20. Hamburgischen Bürgerschaft

Nach dem Gesetz über die Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft (BüWG) in der Fassung vom 22. Juli 1986 (HmbGVBl. S. 223), zuletzt geändert am 19. Februar 2013 (HmbGVBl. S. 48), und in Fortschreibung meiner Mitteilung im Amtlichen Anzeiger vom 12. November 2013 (S. 2126) gebe ich bekannt:

Frau Anja Domres (laufende Nummer 1 auf dem Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands [SPD] im Wahlkreis 8) hat ihr Mandat am 31. Juli 2014 niedergelegt.

An ihrer Stelle wurde Herr Jenspeter Rosenfeldt (laufende Nummer 2 auf dem Wahlvorschlag der SPD im Wahlkreis 8) als nachfolgende noch nicht gewählte Person mit der nächst niedrigeren Stimmenzahl auf dem Wahlvorschlag der SPD im Wahlkreis 8 nach § 38 Absatz 1 BüWG in Verbindung mit § 4 Absatz 3 BüWG für gewählt erklärt.

Herr Jenspeter Rosenfeldt hat die Wahl am 4. August 2014 mit schriftlicher Erklärung angenommen.

Hamburg, den 4. August 2014

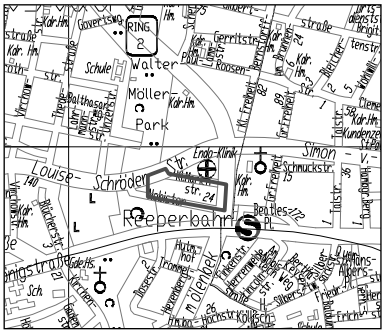
Der Landeswahlleiter Amtl. Anz. S. 1485

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Altona-Altstadt 25 – Änderung

Das Bezirksamt Altona hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), öffentlich auszulegen.

Bebauungsplan Altona-Altstadt 25 – Änderung

Gebiet südöstlich der Louise-Schröder-Straße, südlich der Kleinen Marienstraße, westlich der Holstenstraße sowie nördlich der Straße Nobistor (Bezirk Altona, Ortsteil 205).



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Louise-Schröder-Straße – Kleine Marienstraße – über das Flurstück 2313 der Gemarkung Altona-Nord – Holstenstraße – Nobistor – über die Flurstücke 1175 (Louise-Schröder-Straße), 1282 und 1175 (Louise-Schröder-Straße) der Gemarkung Altona-Nordwest (Bezirk Altona, Ortsteil 205).

Mit der Änderung des Bebauungsplans Altona-Altstadt 25 sollen Vergnügungsstätten (insbesondere Wettbüros, Internetcafés, Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne von § 1 Absatz 2 des Hamburgischen Spielhallengesetzes, die der Aufstellung von Spielgeräten mit oder ohne Gewinnmöglichkeiten dienen, Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist), sowie Bordelle und bordellartige Betriebe, ausgeschlossen werden. Der Ausschluss dieser Nutzungen hat das Ziel, die Nahversorgungsfunktion des Gebietes zu stärken und einem Verdrängungsprozess der vorhandenen Betriebe entgegenzuwirken sowie die Wohnnutzung im Gebiet selbst als auch im näheren Umfeld zu schützen.

Der Entwurf (textliche Festsetzung und Begründung) wird in der Zeit vom 25. August 2014 bis einschließlich 25. September 2014 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden im Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), V. Stock, 22767 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Da durch die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans die Grundzüge der Planung nicht betroffen sind, soll das vereinfachte Verfahren nach § 13 des Baugesetzbuchs angewendet werden, womit auf eine Umweltprüfung verzichtet werden kann.

Während der öffentlichen Auslegung können Anregungen bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 17. Juli 2014

Das Bezirksamt Altona

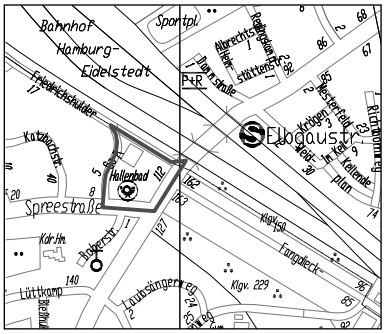
Amtl. Anz. S. 1485

Öffentliche Auslegung des Bebauungsplan-Entwurfs Lurup 36 – 2. Änderung

Das Bezirksamt Altona hat beschlossen, folgenden Bebauungsplan-Entwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), öffentlich auszulegen.

Bebauungsplan Lurup 36 – 2. Änderung

Gebiet östlich des Friedrichshulder Wegs, südlich der Bahngleise, westlich der Elbgaustraße sowie nördlich der Spreestraße (Bezirk Altona, Ortsteil 220).



Das Plangebiet wird wie folgt begrenzt: Friedrichshulder Weg – Nordgrenze des Flurstücks 3541 der Gemarkung Lurup – Elbgaustraße – Spreestraße (Bezirk Altona, Ortsteil 220).

Mit der Änderung des Bebauungsplans Lurup 36 sollen Vergnügungsstätten (insbesondere Wettbüros, Internetcafés, Spielhallen und ähnliche Unternehmen im Sinne von § 1 Absatz 2 des Hamburgischen Spielhallengesetzes, die der Aufstellung von Spielgeräten mit oder ohne Gewinnmöglichkeiten dienen, Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen oder auf Handlungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist), sowie Bordelle und bordellartige Betriebe, ausgeschlossen werden. Der Ausschluss dieser Nutzungen hat das Ziel, die Nahversorgungsfunktion des Gebietes zu stärken und einem Verdrängungsprozess der vorhandenen Betriebe entgegenzuwirken sowie die Wohnnutzung im Gebiet selbst als auch im näheren Umfeld zu schützen.

Der Entwurf (textliche Festsetzung und Begründung) wird in der Zeit vom 25. August 2014 bis einschließlich 25. September 2014 an den Werktagen (außer sonnabends) während der Dienststunden im Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamtes Altona, Jessenstraße 1-3 (Technisches Rathaus), V. Stock, 22767 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Da durch die beabsichtigte Änderung des Bebauungsplans die Grundzüge der Planung nicht betroffen sind, soll das vereinfachte Verfahren nach § 13 des Baugesetzbuchs angewendet werden, womit auf eine Umweltprüfung verzichtet werden kann.

Während der öffentlichen Auslegung können Anregungen bei der genannten Dienststelle schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 17. Juli 2014

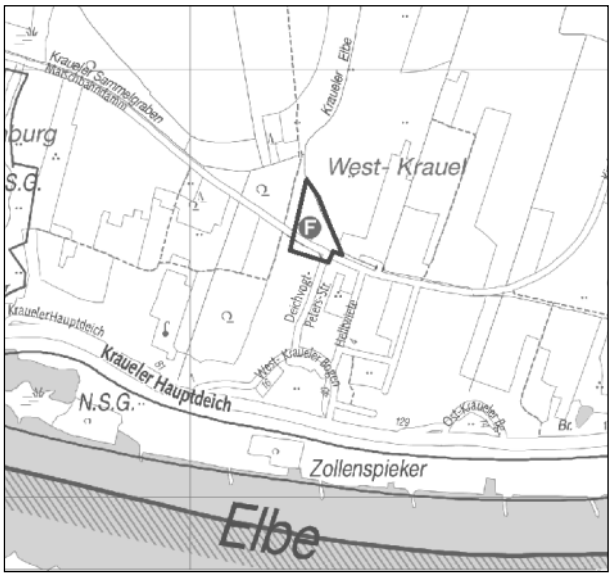
Das Bezirksamt Altona

Amtl. Anz. S. 1486

Öffentliche Auslegung eines Verordnungsentwurfs

Das Bezirksamt Bergedorf hat beschlossen, folgenden Verordnungsentwurf gemäß § 3 Absatz 2 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), öffentlich auszulegen.

1. Verordnung über die Grenze des im Zusammenhang bebauten Ortsteils in Kirchwerder



Das Plangebiet liegt am Kirchwerder Marschbahndamm im Bereich der Feuerwehr Kirchwerder-Krauel und wird wie folgt begrenzt: West- und Nordostgrenzen des Flurstücks 4641 – Nordost- und Südwestgrenzen des Flurstücks 4640 – über das Flurstück 4714 (Kirchwerder Marschbahndamm) – Südgrenze des Flurstücks 4714 – über das Flurstück 4714 der Gemarkung Neuengamme.

Durch die Verordnung sollen die Grenzen des im Zusammenhang bebauten Ortsteils festgelegt werden und einzelne Außenbereichsflächen in die im Zusammenhang bebauten Ortsteile einbezogen werden. Hierdurch sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für eine kleinteilige bauliche Entwicklung in der Ortslage West-Krauel geschaffen werden und die vorhandenen Freiraumqualitäten und deren Entwicklung im Übergangsbereich zwischen Landschaft und Siedlungslage gesichert werden.

Der Verordnungsentwurf (Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und Begründung) wird in der Zeit vom 25. August 2014 bis 25. September 2014 montags bis donnerstags von 8.00 Uhr bis 16.00 Uhr und freitags von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr im Bezirksamt Bergedorf, Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, Wentorfer Straße 38 a, II. Obergeschoss, Vitrine gegenüber Zimmer 213, 21029 Hamburg, öffentlich ausgelegt.

Während der öffentlichen Auslegung können Stellungnahmen zu dem ausliegenden Entwurf schriftlich oder zur Niederschrift beim Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirksamts vorgebracht werden. Für Auskünfte und Beratungen stehen die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Fachamtes nach Vereinbarung zur Verfügung.

Der Verordnungsentwurf kann im oben genannten Zeitraum auch im Internet unter Verwendung des kostenlosen Online-Dienstes „Bauleitplanung“ auf den Seiten des „HamburgService“ eingesehen werden. Zudem besteht hier die Möglichkeit, Stellungnahmen „online“ abzugeben. Vor der Nutzung ist eine kostenlose Registrierung erforderlich. Alle Online-Dienste des Hamburg-Service können unter der folgenden Adresse aufgerufen werden: www.gateway.hamburg.de.

Nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen können nach § 34 Absatz 6 Satz 1, § 13 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 sowie Satz 2 und § 3 Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 des Baugesetzbuchs bei der Beschlussfassung über die Verordnung unberücksichtigt bleiben. Ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung ist unzulässig, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Hamburg, den 31. Juli 2014

Das Bezirksamt Bergedorf

Amtl. Anz. S. 1486

Widmung einer Wegefläche

Es ist beabsichtigt, folgende Verfügung zu erlassen:

Nach § 6 des Hamburgischen Wegegesetzes in der Fassung vom 22. Januar 1974 (HmbGVBl. S. 41, 83) mit Änderungen wird die im Bezirk Harburg, Gemarkung Sinstorf, Ortsteil 708, belegene Wegefläche des Weges „Rüstweg“ auf dem Flurstück 472, von Hausnummer 16 bis Hausnummer 25, mit sofortiger Wirkung für den öffentlichen Verkehr gewidmet.

Der Plan über den Verlauf der oben genannten Wegefläche liegt für die Dauer eines Monats während der Dienststunden im Fachamt Management des öffentlichen Raumes des Bezirksamtes Harburg, Harburger Rathausplatz 4, Zimmer 217, 21073 Hamburg, zur Einsicht für jedermann aus. Während dieser Zeit können alle, deren Interessen durch die beabsichtigte Maßnahme berührt werden, Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll bei oben genannter Dienststelle vorbringen.

Nach Fristablauf erhobene Einwendungen werden nicht mehr berücksichtigt.

Hamburg, den 1. August 2014

Das Bezirksamt Harburg

Amtl. Anz. S. 1487

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:
Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):
Zu Händen von: Frau Anna Schubert

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau eines Grundschulgebäudes mit Verwaltung, Klassen, Sporthalle und Einrichtung der Ganztagsbetreuung, Schule Humboldtstraße, Humboldtstraße 30, 22083 Hamburg.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Humboldtstraße 30, 22083 Hamburg.

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Neubau eines Grundschulgebäudes mit Verwaltung, Klassen, Sporthalle und Einrichtung der Ganztagsbetreuung, Schule Humboldtstraße im Zeitraum von ca. Oktober 2014 bis Mai 2016.

Hier:

– Estrich- und Bodenbelagsarbeiten
– Fliesenarbeiten
– Personenaufzug

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45214210

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Ja

Angebote sind möglich für alle Lose.

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Gesamtauftragswert für alle Lose auf ca. 278.100,– Euro (netto) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 278.100,– Euro.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 21 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
– Eigenerklärung Mindestlohn (Seite 3 des Angebotsvordruckes).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 5 Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOB EU 23/14 AS

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Ja

Bekanntmachungsnummer im ABl:
2014/S 044-072662 vom 4. März 2014

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 9. September 2014, 12.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 25 00000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 23/14 AS

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das LOS oder die LOSE an, für welche Sie die Unterlagen wünschen. Bitte beachten Sie, dass der Betrag von 10,– Euro **pro LOS** fällig wird. Bei Abforderung der Unterlagen zu mehreren Losen summiert sich der Betrag entsprechend auf. Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse mit der entsprechenden Kopie des Zahlungsbelegs senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

10. September 2014, 10.10 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 10. September 2014, 10.10 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**:

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg,
Rechtsabteilung (U 1)

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

31. Juli 2014

ANHANG B
ANGABE ZU DEN LOSEN

Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber: Neubau eines Grundschulgebäudes mit Verwaltung, Klassen, Sporthalle und Einrichtung der Ganztagsbetreuung, Schule Humboldtstraße, Humboldtstraße 30, 22083 Hamburg.

Los-Nr. 1

Bezeichnung: Estrich- und Bodenbelagsarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:**

ca. 2.525 m² Estricharbeiten, ca. 2045 m² Bodenbelagsarbeiten (Linoleum u. Textil)

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45262321
Ergänzende Gegenstände: 45432130

3) **Menge oder Umfang:**

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 147.600,– Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 7 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Ausführung der Arbeiten ca. Juli 2015 bis Januar 2016. Die Eröffnung der Angebote findet statt am 10. September 2014 um 10.10 Uhr.

Los-Nr. 2

Bezeichnung: Fliesenarbeiten

1) **Kurze Beschreibung:**

- ca. 490 m² Wandfliesen
- ca. 450 m² Bodenfliesen

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45431000

3) **Menge oder Umfang:**

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 75.000,– Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 2 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Ausführung der Arbeiten ca. Dezember 2015 bis Februar 2016. Die Eröffnung der Angebote findet statt am 10. September 2014 um 10.40 Uhr.

Los-Nr. 3

Bezeichnung: Personenaufzug

1) **Kurze Beschreibung:**

- Personenaufzug im hochbauseitig erstellten Aufzugsschacht als Beton- oder Mauerwerksschacht herstellen.
- Aufzug mit Schachtentrauchung, Schachttüren mit Zargen und folgenden Spezifikationen:

Technische Daten:

- Errichtungsvorschrift: EN81-1 1998/A3: 2009 und DIN 18024/25
- ohne Triebwerksraum
- Traglast (kg/Pers): 950/12
- Haltestellen: 3
- Zugänge: 3
- Fahrtenzahl (1/h): 180
- Geschwindigkeit (m/s): 1,0
- Förderhöhe (mm): 8400
- Schachtbreite (mm): 1800
- Schachttiefe (mm): 2100
- Schachtgrube (mm): 1100
- Schachtkopf (mm): 3800
- Fahrkorbbreite (mm): 1100
- Fahrkorbtiefe (mm): 1600
- Fahrkorbhöhe (mm): 2200
- Türbreite (mm): 900
- Türhöhe (mm): 2100

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)**

Hauptgegenstand: 45313100

3) **Menge oder Umfang:**

Veranschlagte Kosten ohne MwSt: 55.500,– Euro

4) **Abweichung vom Beginn der Vergabeverfahren und/oder von der Vertragslaufzeit:**

Laufzeit: 2 Monate ab Auftragsvergabe

5) **Zusätzliche Angaben zu den Losen:**

Ausführung der Arbeiten ca. Mitte 2015 bis Februar 2016. Die Eröffnung der Angebote findet statt am 10. September 2014 um 11.10 Uhr.

Hamburg, den 31. Juli 2014

Die Finanzbehörde 605

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg

Postanschrift:

Freie und Hansestadt Hamburg,
FB SBH | Schulbau Hamburg,
U 40 Einkauf/Vergabe,
An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg,
Deutschland

Kontaktstelle(n):

Zu Händen von: Frau Anna Schubert

Telefon: +49/040/4 28 23 - 62 86
Telefax: +49/040/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers/des Auftraggebers: http://www.hamburg.de/schulbau/

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Lokalbehörde

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber/Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber/Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau eines Grundschulgebäudes mit Verwaltung, Klassen, Sporthalle und Einrichtung der Ganztagsbetreuung, Schule Humboldtstraße, Humboldtstraße 30, 22083 Hamburg. Abwasser-Wasseranlagen in Außenanlagen.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Bauauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Humboldtstraße 30, 22083 Hamburg.

NUTS-Code: DE600

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft einen öffentlichen Auftrag.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Neubau eines Grundschulgebäudes mit Verwaltung, Klassen, Sporthalle und Einrichtung der Ganztagsbetreuung, Schule Humboldtstraße im Zeitraum von ca. Oktober 2014 bis Mai 2016.

Hier:

- Abwasser-Wasseranlagen in Außenanlagen
- Schmutzwasseranlagen in Außenanlagen: Vollwandabwasserrohre versch. Durchmesser ca. 250 m Revisionsschächte 8 Stück, Übergabeschacht 1 Stück Rohsanierung durch Fräsen bzw. Inliner ca. 35 m/65 m
- Fettabwasseranlagen in Außenanlagen: Vollwandabwasserrohre versch. Durchmesser ca. 15 m Fettabscheideanlage NS 4 Doppelpumpenstation und Druckleitungen ca. 15 m
- Regenwasseranlagen in Außenanlagen: Kunststoffabflussrohr KG 2000 versch. Durchmesser ca. 700 m Revisionsschächte 17 Stück Versickerungselemente ca. 645 Stück (ca. 145 m²) Rohsanierung durch Fräsen ca. 35 m
- Trinkwasserleitungen in Außenanlagen: Trinkwasserleitungen PE versch. Durchmesser ca. 325 m
- Erdarbeiten für Wasser und Abwasser: Rohrgräben maschinell versch. Tiefen (1,5-2,5 m) ca. 1010 m, Rohrgräben Handschachtung versch. Tiefen (1,5-2,5 m) ca. 30 m, Rohreinbettung ca. 1040 m Bodenaustausch ca. 900m².

Die Ausführung der Arbeiten findet voraussichtlich: 1. Teil ca. Oktober bis Dezember 2015 (Witterungsabhängig) sowie 2. Teil Mai bis Dezember 2016 (teilw. Witterungsabhängig) nach Umzug und Abriss der Wabenbauten und der Verwaltung statt.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 45232460

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Gemäß Schwellenwertberechnung wird der Gesamtauftragswert für alle Lose auf ca. 280.500,– Euro (netto) inklusive Nebenkosten und ohne Umsatzsteuer geschätzt.

Geschätzter Wert ohne MwSt: 280.500,– Euro.

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Laufzeit: 26 Monate ab Auftragsvergabe.

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften: –

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Bietergemeinschaften sind unter folgenden Bedingungen zugelassen: Bietergemeinschaften sind zugelassen, wenn jedes Mitglied der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch haftet und ein Mitglied als Projektleiter und Ansprechpartner dem Auftraggeber gegenüber benannt und mit unbeschränkter Vertretungsbefugnis ausgestattet wird.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: Nein

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder Nachweis über den Eintrag im Handelsregister nach Maßgabe der jeweiligen Rechtsvorschrift (nicht älter als 6 Monate).
– Eigenerklärung Mindestlohn (Seite 3 des Angebotsvordruckes).

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder:
– Nachweis über die geleisteten Sozialabgaben (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Bescheinigung in Steuersachen (gültig und nicht älter als 12 Monate).
– Umsätze aus den letzten drei Jahren (2011, 2012, 2013).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Verweis auf Eintragung im Verein für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) unter Angabe der Nummer, oder mindestens 3 Referenzen zu vergleichbaren Leistungen nicht älter als 5 Jahre.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

SBH VOB EU 25/14 AS

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 15. September 2014, 12.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Ja

Preis: 10,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Banküberweisung; Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen. Barzahlung ist nicht möglich.

Empfänger: Landesbetrieb Schulbau Hamburg
IBAN: DE 25 00000000020101529
BIC: MARKDEF1200
Geldinstitut: Deutsche Bundesbank Hamburg
Verwendungszweck: 7005851,
SBH VOB EU 25/14 AS

Bitte geben Sie bei der Abforderung zwingend das Verfahren an, für welche Sie die Unterlagenwünschen. Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig ein Anforderungsschreiben an die Kontaktstelle, per Telefax oder an die E-Mail Adresse mit der entsprechenden Kopie des Zahlungsbelegs senden. Bitte nur **eine** der Varianten wählen.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

16. September 2014, 10.10 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

45 Tage ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote.

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote:

Tag: 16. September 2014, 10.10 Uhr

Ort: An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Zimmer 004

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und/oder ihre Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**:

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben**:

Der zu schließende Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG). Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt Hamburg

Neuenfelder Straße 19, 21109 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 28 40 - 20 39

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Gemäß § 107 Absatz 1 GWB leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Der Antrag ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 1 GWB unzulässig, wenn der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat. Die Rüge gilt nur dann als unverzüglich, wenn sie nicht später als 14 Kalendertage nach Kenntnis des behaupteten Verstoßes eingelegt wird.

Des Weiteren ist gemäß § 107 Absatz 3 Nr. 4 GWB der Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:

SBH | Schulbau Hamburg, Rechtsabteilung (U 1)

An der Stadthausbrücke 1, 20355 Hamburg, Deutschland
Telefax: +49/40/4 27 31 - 01 43
E-Mail: vergabestellesbh@sbh.fb.hamburg.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

31. Juli 2014

Hamburg, den 31. Juli 2014

Die Finanzbehörde 606

Sonstige Mitteilungen

Bekanntmachung einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)

DESY Ausschreibungsnummer: C2047-14

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg
Telefon: 040/89 98 - 24 80, Telefax: 040/89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach § 3 Absatz 1 VOL/A.

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit der Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung DESY C2047-14 Angebotstermin 27. August 2014“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus- und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Im Wege einer öffentlichen Ausschreibung nach VOL/A soll eine **Laminarflow-Decke** beschafft werden.

Leistungsort: Notkestraße 85, 22607 Hamburg

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: Entfällt

f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: Entfällt

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Kalenderwoche 41/42 2014 – bei Auftragsvergabe in der 37. Kalenderwoche.

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Notkestraße 85, 22607 Hamburg
Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum **20. August 2014** angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **27. August 2014**

Ablauf der Bindefrist: **30. September 2014**

j) Geforderte Sicherheiten: Entfällt

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbestimmungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).
- Referenzen (Beschreibung) über bereits erbrachte Leistungen der geforderten Art mit Nennung von Kontaktdaten des Auftraggebers.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise 1 bis 7 die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: Entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen. Der Zuschlag wird nach § 18 VOL/A auf das Angebot erteilt, das unter Berücksichtigung aller Umstände als das Wirtschaftlichste erscheint.

Hamburg, den 5. August 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 607

Auftragsbekanntmachung
(Richtlinie 2004/18/EG)

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
in der Helmholtz Gemeinschaft

Postanschrift:

Notkestraße 85, 22603 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Sekretariat Abt. Warenwirtschaft
Telefon: +49 / 40 / 89 98 - 24 80
Telefax: +49 / 40 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

Internet-Adresse(n)
Hauptadresse des öffentlichen Auftraggebers:
http://www.desy.de

Weitere Auskünfte erteilen:

die oben genannten Kontaktstellen

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind zu richten an:

die oben genannten Kontaktstellen

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Stiftung bürgerlichen Rechts

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Forschung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Lieferung von Netzwerkkomponenten „CISCO“ – XFEL TGA6.2

II.1.2) Art des Auftrags und Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung

Lieferauftrag

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung: –

NUTS-Code: DE600
NUTS-Code: DEF09

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS): –

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Im Rahmen des EXFEL sind aktive Netzwerkkomponenten zu beschaffen. Der Betrieb des neu zu schaffenden XFEL Kommunikationsnetzes erfolgt durch den IT-Bereich des DESY. Daher ist es erforderlich, dass diese Komponenten des XFEL notwendigerweise in die vorhandene aktive Datennetzinfrastruktur des DESY zu integrieren sind. Das Rechenzentrum des DESY betreibt unterschiedliche komplexe IP-Kommunikationsnetze als Kommunikationsplattform für alle IT-Anwendungen und Applikationen aus Forschung und Verwaltung, die einer kontinuierlichen und hohen Dynamik hinsichtlich ihrer Struktur sowie ihrer Leistungsfähigkeit unterworfen sind. Daraus ergibt sich für das DESY die Notwendigkeit, aktive Netzwerkkomponenten einzusetzen, die ein hohesMaß an Investitionssicherheit und technischer Innovation sicherstellen. Mit der ausgeschriebenen Leistung wird die Stufe 6 der Beschaffung von aktiven Netzwerkkomponenten für den Betrieb des XFEL-Kommunikationsnetzes eingeleitet. In weiteren Maßnahmen werden zusätzliche zentrale Backbone- und Access-Komponenten für das XFEL-Projekt beschafft, die nicht Bestandteil dieser Ausschreibung sind.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge: (CPV)

Hauptgegenstand: 32400000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Lose:

Aufteilung des Auftrags in Lose: Nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang: –

II.2.2) Angaben zu Optionen: Nein

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE ANGABEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Ausschreibungsunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird: –

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen:

Für die Ausführung des Auftrags gelten besondere Bedingungen: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregisterauszug. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen.
– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
– Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
– Eigenerklärung, dass die Voraussetzungen nach § 6 EG VOL/ A (Verurteilung nach §§ 129, 129 a, 129 b StGB; § 261 StGB; § 263 StGB; § 264 StGB; § 334 St GB; Art. 2 §§ 1 oder 2 IntBestG und § 370 AO) nicht vorliegen.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

– Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
– Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
– Eigenerklärungen über den Gesamtumsatz des Leistungserbringers, bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre, nach Jahren getrennt auszuweisen (sollte ein Leistungserbringer erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht).

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit:

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

– Referenznachweis über mindestens 5 Kunden, bei denen vergleichbare Leistungen in den letzten 3 Kalenderjahren erbracht wurden.
– Bezugsquellen für die durch Sie angebotene Netzwerktechnik mit Nachweis der Kaufquelle /Distribution (keine Grauimporte).
– Nachweis von fabrikneuen Produkten (keine refurbished).
– Nachweis Zertifizierungsstatus des Unternehmens (mindestens Gold-Partner).
– Nachweis des Unternehmens für Advanced Routing & Switching.
– Nachweis des Unternehmens für Advanced Wireless LAN (CISCO).

– Nachweis des Unternehmens für Advanced Security (CISCO).
– Angabe von mind. 2 zertifizierten Spezialisten (Urkunde) Cisco Certified Network Professional Wireless (CCNP).
– Angabe von mind. 2 zertifizierten Spezialisten (Urkunde) für Cisco Certified Security Professional (CCSP).
– Angabe von mind. 2 zertifizierten Spezialisten (Urkunde) für CCNP Cisco Cerified Network Professional (CCNP).
– Nachweis einer Zertifizierung des Qualitätsmanagements nach EN ISO 9000 ff. oder IS27001:2005

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand: –

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offen

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: –

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: EO 008-14-XFEL

IV.3.2) Frühere Bekanntmachung(en) desselben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:

Schlusstermin für die Anforderung von Unterlagen oder die Einsichtnahme: 20. August 2014, 12.00 Uhr.

Kostenpflichtige Unterlagen: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge: 22. September 2014

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE, EN

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: bis 15. November 2014

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: WEITERE ANGABEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags:**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:**

Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der Europäischen Union finanziert wird: Nein

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Es dürfen nur CISCO Originalkomponenten angeboten werden. Siehe Ausschreibungsunterlagen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn,
Deutschland

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen: –

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

5. August 2014

Hamburg, den 6. August 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 608

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Bundesministerium für Bildung

Postanschrift:

Heinemannstraße 2, 53175 Bonn, Deutschland

Internet-Adresse: www.bmbf.de

Weitere Auskünfte erteilen:

Siehe Anhang A.I

Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichenDialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) verschicken:

Siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

Siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.

I.3) **Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Highlights der Physik 2015 und 2016 mit Option auf 2017 und 2018.

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

Dienstleistungen

Unternehmensberatung und verbundene Tätigkeiten.

Hauptort der Ausführung, Lieferung oder Dienstleistungserbringung:

Der Ort der Veranstaltung wird von der DPG im Einvernehmen mit dem BMBF festgelegt. Veranstaltungsort für 2015 ist Jena, vorgesehener Veranstaltungstermin Dienstag, 22. September 2015, bis Samstag, 26. September 2015. Reservierungen für die Veranstaltungsstandorte nimmt im Vorfeld die Universität Jena vor. Der Veranstaltungsort für 2016 wird voraussichtlich im 4. Quartal 2014 benannt, der Ort für 2017 voraussichtlich im 3. Quartal 2015.

NUTS-Code: DE

II.1.3) Angaben zum öffentlichen Auftrag, zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem (DBS):

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung.

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 2 Jahre

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Das Deutsche Elektronen-Synchrotron DESY (kurz DESY) schreibt in Wahrnehmung einer vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) übertragenen Aufgabe die inhaltliche und organisatorische Planung, die wissenschaftliche Konzepterstellung, Organisation, Durchführung und Auswertung der Veranstaltung „Highlights der Physik“ für die Jahre 2015 und 2016 mit Option für die Jahre 2017 und 2018 aus. Seit einigen Jahren wird das Wissenschaftsfestival „Highlights der Physik“ mit jährlich wechselnden Themen veranstaltet. Dabei handelt es sich um eine in der Regel fünftägige Veranstaltung in einer jährlich wechselnden deutschen Stadt. Das Ziel der Veranstaltung ist, den Dialog zwischen Physik und Öffentlichkeit zu verbessern und bei einem breiten Publikum für die naturwissenschaftliche Ausbildung, Akzeptanz der Naturwissenschaften/Technik und auch für die Forschungsförderung zu werben. Die Veranstaltung beruht auf mehreren Säulen, die auch mit dem zu vergebenden Auftrag abgedeckt werden:

– einer attraktiven (Eröffnungs-)Veranstaltung am ersten Veranstaltungstag,
– einer umfangreichen Ausstellung mit wissenschaftlichen Ständen und/oder technischen Exponaten und der Möglichkeit für Besucherinnen und Besucher, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ins Gespräch zukommen,
– Vorträgen, Experimentshows und/oder anderen Veranstaltungsformaten anerkannter Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen,
– einer konzeptionell passenden Papierpublikation, sog. „Highlights-Heft“, die die Inhalte der Ausstellung vertieft,
– einer Internetpräsenz, die durch eine enge Kooperation mit oder direkt auf der Internetplattform „Welt der Physik“ herzustellen ist,
– einem Wettbewerb für Schülerinnen und Schüler,
– einem Konzept zur Besucherwerbung der Veranstaltung und zur Pressearbeit.

Ort und Thema der Veranstaltung werden von den Veranstaltern (BMBF, DPG und der ausrichtenden Universität) gemeinsam festgelegt. Im Jahr 2015 finden die Highlights der Physik in Jena mit einem an das Internationale Jahr des Lichts angepassten Thema statt.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV)

Hauptgegenstand: 79416000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Angaben über Varianten/Alternativangebote:

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

2015 und 2016
Option: 2017 und 2018
Die unten genannte Wertspanne ist pro Jahr.

Wertspanne: von 500 000,– bis 600 000,– Euro

II.2.2) Angaben zu Optionen: Ja

Die Beauftragung erfolgt in Form eines Rahmenvertrages über die grundsätzlichen Leistungen zur Durchführung der Veranstaltung. Auf Basis der Angebote für die einzelnen Module erfolgt von Jahr zu Jahr eine Beauftragung der Module der Veranstaltung. Darüber hinaus gehende Leistungen werden auf Basis der vom Bieter genannten Tagessätze für sein Personal beauftragt und vergütet. Die Beauftragungen der Optionen für die Jahre 2017 und 2018 (jahresweise) sowie der Module und darüber hinaus gehender Leistungen für jedes Jahr erfolgen bis zum Ende des ersten Quartal des Jahres der Veranstaltung und bedürfen der Schriftform.

II.2.3) Angaben zur Vertragsverlängerung:

Dieser Auftrag kann verlängert werden: Ja

Zahl der möglichen Verlängerungen: 2

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:** –

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten: –

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Es gelten die Liefer- und Zahlungsbedingungen des BMBF

(Link: http://www.bmbf.de/pubRD/allgemeine_liefer_und_zahlungsbedingungen.pdf), Bewerbungsbedingungen des BMBF, VOL/B.

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Gesamtschuldnerische Haftung mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: –

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Zur Bewertung der Eignung wird von den Bietern die Vorlage folgender Erklärungen bzw. Dokumente erwartet. Soweit es sich um eine Bietergemeinschaft handelt oder der Bieter sich auf die Eignung von Unterauftragnehmern beruft, sind diese Erklärungen und Dokumente von allen Mitgliedern der Bietergemeinschaft und von allen Unterauftragnehmern vorzulegen, soweit nachfolgend nicht anders angegeben. Der Begriff des Leistungserbringers bezieht sich bei einer Bietergemeinschaft auf alle Partner der Bewerbergemeinschaft, die unter diesem Begriff bezeichneten Auskünfte sind somit für alle Partner vorzulegen:

- Bieterbögen mit Name und Anschrift des Bieters sowie Name des Ansprechpartners (mit Telefon und Telefaxnummer sowie sonstigen Kontaktdaten). Dieses Dokument ist nur vom Bieter bzw. vom bevollmächtigen Vertreter einer Bietergemeinschaft vorzulegen.
- Beschreibung des Bieters und seiner institutionellen Struktur (u. a. Größe, Standort). Dieses Dokument ist vom Bieter bzw. von allen Partnern der Bietergemeinschaft vorzulegen.
- Der Bieter hat seine Kompetenzschwerpunkte darzustellen. Soweit es sich um eine Bietergemeinschaft handelt oder der Bieter sich auf die Eignung von Unterauftragnehmern beruft, hat der Bieter anzugeben, welche Leistungsbestandteile von welchem Unternehmen erbracht werden sollen. Dabei ist kenntlich zu machen, welchen Status (Mitglied der Bietergemeinschaft, Unterauftragnehmer etc.) das jeweilige Unternehmen genießt. Die einzelnen Unternehmen sind mit vollständiger Firma unter Bezeichnung des Unternehmenssitzes zu benennen. Hierüber ist eine Erklärung zum Einsatz von Unterauftragnehmern vorzulegen. (Verpflichtungserklärung gemäß § 7 EG Abs. 9 VOL/A).
- Aktueller Auszug aus dem Berufs- oder Handelsregisterauszug. Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, haben entsprechende Bescheinigungen vorzulegen.
- Der Bieter hat die Bietererklärung für europaweite Verfahren mit Stand 2. November 2011 zu unterschreiben.
- Eigenerklärung, dass der Bieter keine Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), u. a. Beteiligung an Absprachen über Preise oder Preisbestandteile, verbotene Preisempfehlungen, Beteiligung oder Absprachen über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, begangen hat.

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Leistungserbringers bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre, nach Jahren getrennt auszuweisen (sollte ein Leistungserbringer erst seit weniger als drei Jahren bestehen, sind die entsprechenden Angaben für die Geschäftsjahre seit Unternehmensgründung zu machen. Es ist zudem gesondert und unter Angabe des Gründungszeitpunkts zu erklären, dass das betreffende Unternehmen seit weniger als drei Jahren besteht.
- Eigenerklärung des Leistungserbringers zur Gesamtzahl der festangestellten Mitarbeiter/innen sowie zur Anzahl der festangestellten Mitarbeiter/innen, die im projektrelevanten Umfeld tätig sind, und zur Anzahl der festangestellten Mitarbeiter/innen, die für das Projekt zur Verfügung stehen würden.
- Vorlage einer Bankauskunft, die nicht älter als drei Monate sein darf und dem Bieter eine finanzielle Liquidität, Einhaltung von Zahlungsverpflichtungen und Kreditwürdigkeit bestätigt.

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Referenzen über vergleichbare Leistungen aus den letzten drei Jahren unter Angabe der Bezeichnung der Veranstaltung, des Zeitraumes, des Auftraggebers, der Anzahl der Besucher, Anzahl der während der Veranstaltung zur Durchführung eingesetzten Personen, Inhalt der Veranstaltung, Aufgaben des Bieters bei der Veranstaltung, eingesetzte Personen, Referenz. (Formblatt A). Sollten solche oder ähnliche Aufträge noch nichtdurchgeführt worden sein, so muss die fachliche und organisatorische Leistungsfähigkeit durch andere geeignete Referenzen oder Zeugnisse plausibel gemacht werden.
- kein Prospektmaterial.
- Nachweis über Qualifikation der leitenden Mitarbeiter unter Angabe von Vorname und Name inkl. akademischen Grads, vorgesehene

leitende Aufgabe, Bildungsweg und berufliche Laufbahn, Qualifikation und Fähigkeiten der Person, die für die Durchführung der vorgesehenen Aufgaben notwendig sind. (Formblatt B).

– Eigenerklärung über die Verteilung der leitenden Aufgaben (Formblatt C).
– Eigenerklärung guter Englischkenntnisse auf der Ebene der Projektleitung und bei einem wissenschaftlichen Mitarbeiter.
– Eigenerklärung muttersprachlicher Kompetenz der deutschen Sprache aller Mitarbeiter, die an Kommunikation mit dem Veranstalter, mit der Öffentlichkeit und mit anderen Physikern beteiligt sind.
– Nachweis über Qualifikation über wissenschaftliche Expertise der wissenschaftlichen Betreuer (Formblatt D).
– Nachweis Kompetenz von mind. einem erfahrenen Wissenschaftsjournalisten durch mind. drei Produktionen neueren Datums (nicht älter als ein Jahr). Texte müssen sich an interessierte, nicht speziell physikalisch gebildete Öffentlichkeit gerichtet haben.

III.2.4) Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen: –

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Nein

III.3.2) Für die Erbringung der Dienstleistung verantwortliches Personal:

Juristische Personen müssen die Namen und die beruflichen Qualifikationen der Personen angeben, die für die Erbringung der Dienstleistung verantwortlich sind: ja

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Verhandlungsverfahren

Einige Bewerber sind bereits ausgewählt worden: Nein

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:

Geplante Zahl der Wirtschaftsteilnehmer: Mindestzahl: 3, Höchstzahl; 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Begrenzung der Bewerberzahl bei mehr als 5 geeigneten Bewerbern erfolgt nach der Wertung der fachlichen Expertise der für das Projekt vorgesehenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß der Formblätter B, C und D.

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zuerörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote: Ja

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien:

Das wirtschaftlich günstigste Angebot in Bezug auf die Kriterien, die in den Ausschreibungsunterlagen, der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder zur Verhandlung bzw. in der Beschreibung zum wettbewerblichen Dialog aufgeführt sind.

IV.2.2) Angaben zur elektronischen Auktion

Eine elektronische Auktion wird durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsangaben**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:

EV008-14

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen des selben Auftrags: Nein

IV.3.3) Bedingungen für den Erhalt von Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen: 18. August 2014, 12.00 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge:

10. September 2014, 10.00 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:

Folgende Amtssprache(n) der EU: DE

IV.3.7) Bindefrist des Angebots: –

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote: –

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**: Nein

VI.2) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union:** –

VI.3) **Zusätzliche Angaben**: –

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/ Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/ Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:
Vergabekammern des Bundes
beim Bundeskartellamt
Villemomblerstraße 76, 53123 Bonn, Deutschland

Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren:

Offizielle Bezeichnung:
Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat Z23, Vergabeprüfstelle
Heinemannstraße 2, 53175 Bonn, Deutschland
Telefon: +49/228/9957-2144
Telefax: +49/228/9957-83601
E-Mail: Wolfgang.Urfell@bmbf.bund.de
Internet-Adresse: (URL) http://www.bmbf.de

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen (siehe Abschnitt VI.4.2 oder ggf. Abschnitt VI.4.3)

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Bewerber/Bewerberinnen müssen Vergaberechtsverstöße unverzüglich bei der unter I.1) genannten Vergabestelle rügen, bevor sie einen Nachprüfungsantrag stellen. Solange ein wirksamer Zuschlag (Vertragsschluss) noch nicht erteilt ist, kann als Rechtsbehelf ein Nachprüfungsantrag bei der unter VI.4.1) genannten Vergabekammer gestellt werden. Bieter/Bieterinnen, deren Angebote nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gem. § 101 a Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) informiert. Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als fünfzehn Kalendertage nach Eingang der Mitteilung, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB).

VI.4.3) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt:

Offizielle Bezeichnung:
Bundesministerium für Bildung und Forschung, Referat Z23, Vergabeprüfstelle
Heinemannstraße 2, 53175 Bonn, Deutschland
Telefon: +49/228/9957-2144
Telefax: +49/228/9957-836 01
E-Mail: Wolfgang.Urfell@bmbf.bund.de
Internet-Adresse: (URL) http://www.bmbf.de

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

4. August 2014

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind**:

Offizielle Bezeichnung:
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in der Helmholtz Gemeinschaft

Postanschrift:
Notkestraße 85, 22603 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Sekretariat Abt. Warenwirtschaft
Telefon: +49/40/8998-2480
Telefax: +49/40/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
Internet-Adresse. www.desy.de

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung:
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in der Helmholtz Gemeinschaft

Postanschrift:
Notkestraße 85, 22603 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Sekretariat Abt. Warenwirtschaft
Telefon: +49/40/8998-2480
Telefax: +49/40/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
Internet-Adresse. www.desy.de

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:
Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY in der Helmholtz Gemeinschaft

Postanschrift:
Notkestraße 85, 22603 Hamburg, Deutschland
Kontaktstelle(n):
Zu Händen von Sekretariat Abt. Warenwirtschaft
Telefon: +49/40/8998-2480
Telefax: +49/40/8998-4009
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de
Internet-Adresse. www.desy.de

Hamburg, den 6. August 2014

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 609

Gläubigeraufruf

Der Verein **Förder- und Ehemaligenverein des Albrecht-Thaer-Gymnasiums e.V.** (Amtsgericht Hamburg, VR 16174) mit Sitz in Hamburg, ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung am 12. Juni 2014 aufgelöst worden. Zu Liquidatoren sind Herr Dr. Can Bozyakali und Herr Lukas Pampel bestellt worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Verein, c/o Herr Dr. Can Bozyakali, Falkenried 97, 20251 Hamburg, zu melden.

Hamburg, den 14. Juli 2014

Die Liquidatoren 610

Gläubigeraufruf

Der Verein **Ebenezer Brücke Äthiopien e.V.** mit Sitz in Hamburg ist zum 14. Juli 2014 aufgelöst worden. Die Gläubiger des Vereins werden gebeten, ihre Ansprüche gegen den Verein bis zum 13. Juli 2015 bei den Liquidatoren Herrn Prof. Dr. Axel Kämmerer und Herrn Hinrich Kaasmann, Messberg 1, 20095 Hamburg, anzumelden.

Hamburg, den 25. Juli 2014

Die Liquidatoren 611

Gläubigeraufruf

Der Verein **Verein zur Förderung von Bildungsmaßnahmen im Gefahrgutbereich (VFBG) e.V.** ist aufgelöst worden. Die Gläubiger werden gebeten, sich bei dem Liquidator zu melden.

Hamburg, den 25. Juli 2014

Der Liquidator 612

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7% Mehrwertsteuer).